Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 250 — Halver, Mittwoch, den 25. Oktober — 1950

Französische Kammerdebatte hat begonnen

Europa-Armee mit deutscher Beteiligung

Regierung schlägt militärischen Schuman-Plan vor - 20 Redner an der Aussprache beteiligt

gst. Paris, 24. Oktober

Die französische Nationalversammlung trat am Dienstag zur Entgegennahme der Regierungserklärung über die Verteidigungsfrage zusammen, an die sich eine große außenpolitische Debatte anschloß. Schon am frühen Nachmittag des Dienstag hatten sich über 20 Abgeordnete zum Wort gemeldet, so daß die Debatte, obwohl die Sitzung bis gegen Mitternacht ausgedehnt wurde, am Mittwochvormittag fortgesetzt werden muß.

Ministerpräsident Pleven erläuterte in seiner Regierungserklärung die französischen Vorschläge zur Frage der deutschen Wiederaufrüstung, die am Montag von der Regierung einstimmig angenommen und den Atlantikpakt-Mächten zugeleitet worden waren. Es handelt sich bei diesen Vorschlägen um eine Art militärischen Schumanplanes, also um ein Kompromiß in der Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands. Pleven schränkte seine Ausführungen gleich zu Beginn der Rede dadurch ein, daß er betonte, die französischen Vorschläge für eine europäische Armee seien getragen von den „grausamen Lehren" der Vergangenheit, fügte aber hinzu, daß Frankreich der Entwicklung in den europäischen Ländern Rechnung tragen müsse und einen deutschen Beitrag zur europäischen Verteidigung nicht ablehnen dürfe.

Die französische Regierung werde die Bildung einer europäischen Armee vorschlagen, in der deutsche Regimenter mit deutschen Soldaten und Offizieren Seite an Seite mit europäischen dienen sollten, nachdem der wirtschaftliche Schumanplan über die Zusammenlegung der Grundstoffindustrien beschlossen und unterzeichnet worden sei. Die Bildung dieser Armee solle die vom Atlantikrat beschlossene Aufrüstung beschleunigen. Er sei überzeugt, daß ein Krieg nicht unvermeidlich sei und daß ein direkter Kontakt zwischen den USA, England und Frankreich und der Sowjetunion sehr nützlich sein werde. Freilich dürfe niemand zweifeln an der Entschlossenheit der demokratischen Länder, ihr Gebiet gegen jede Aggression und jede unterirdische Tätigkeit zu v...

Beginn der Aussprache

Nachdem Ministerpräsident Pleven in seiner Rede zur Wiederbewaffnung Deutschlands die französische Haltung auch im Hinblick der Finanzierung einer europäischen Armee dargelegt hatte, die durch ein gemeinsames Budget erfolgen müsse, und nachdem er seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben hatte, daß während einer Uebergangszeit die Nationalarmeen zu einem Teil nicht sofort in die europäische Armee eingegliedert werden könnten, wurde die Aussprache eröffnet.

An der Spitze der 20 Redner, die sich zum Wort gemeldet haben, aber wegen der vorgerückten Stunde zum größten Teil erst am Mittwoch sprechen können, erklärte der ehemalige französische Ministerpräsident Reynaud, es gehe nicht mehr um die Frage, ob Deutschland aufrüsten werde, sondern darum, ob es mit oder ohne französische Zustimmung wieder Waffen erhalten werde. Großbritannien werde sich leider nicht an einer europäischen Armee beteiligen, worüber Reynaud sein Bedauern ausdrückte. Im übrigen unterstützte er den Plan der Regierung.

Dagegen sprach sich der unabhängige Abgeordnete Serre gegen den Regierungsvorschlag aus mit der Begründung, Deutschland werde im Falle der Aufrüstung die ihm zustehende Stärke für seine eigenen Zwecke anstatt für die gesamteuropäische Verteidigung einsetzen.

UNO-Jahrestag mit zahlreichen Reden

Jetzt bessere Aussichten für die Schaffung eines dauerhaften Friedens

dmt. New York, 24. Oktober

Am 5. Jahrestag des Inkrafttretens der UNO-Satzung fand am Dienstag eine feierliche Sondersitzung der UNO-Vollversammlung statt, in deren Mittelpunkt die Rede des Präsidenten der USA, Truman, stand. Einleitend sprachen der Präsident der UNO-Vollversammlung, Entezam, und der UNO-Generalsekretär, Trygve Lie.

Truman fuhr an der Spitze eines Zuges von Kraftfahrzeugen in Begleitung von Entezam und Lie, Außenminister Achesonn, dem Sonderberater Harriman und des UNO-Delegierten Warren Austin zum UNO-Gebäude. Als Truman den Sitzungssaal betrat, erhoben sich alle Abgeordneten von ihren Sitzen und applaudierten.

In seiner Eröffnungsansprache sagte Präsident Entezam, die Welt beginne jetzt erneut zu hoffen. Die UNO habe bei der Verteidigung eines ihrer Grundsätze Festigkeit gezeigt. Dieser Grundsatz sei, daß bewaffnete Streitkräfte nicht eingesetzt werden sollen, es sei denn, im gemeinsamen Interesse. Generalsekretär Trygve Lie sagte, es seien jetzt bessere Aussichten für die Schaffung einer friedlichen Welt gegeben, als jemals zuvor seit Ende des Krieges. „Obgleich die Gefahr eines dritten Weltkrieges noch nicht beseitigt ist, sind wir uns doch darüber klar geworden, wie man einen neuen Krieg verhindern und einen dauernden Frieden schaffen kann. Eine der Lehren, die wir aus den bitteren Erfahrungen der letzten fünf Jahre ziehen können, ist, daß wir nicht fähig sein werden, einen dritten Weltkrieg zu verhindern, wenn die Mitgliedstaaten die UNO als bloße Annehmlichkeit betrachten, die nach Belieben benutzt oder mißachtet werden kann."

Weltfreiheitsglocke in Berlin geweiht

Gewaltige Beteiligung der Berliner - Zahlreiche Staatsmänner anwesend

dmt. Berlin, 24. Oktober

Mit einer Massenbeteiligung, wie die Stadt sie seit Kriegsende noch nicht erlebt hat, feierte Berlin am Dienstagnachmittag die Weihe der Weltfreiheitsglocke durch General Clay, den früheren amerikanischen Militärgouverneur, auf dem Platz vor dem Schöneberger Rathaus.

„Ich glaube an die Unantastbarkeit der Würde des einzelnen Menschen, ich glaube, daß alle Menschen das gleiche Recht auf Freiheit von Gott erhalten haben, ich gelobe, der Aggression und Tyrannei Widerstand zu leisten, wo immer sie auftritt." Dieses Bekenntnis, das Millionen Amerikaner für den Kreuzzug der Freiheit unterschrieben haben, gab General Clay der Glocke als Zueignung. „Ihre Stimme wird gehört werden, wo immer Menschen leben, die Freiheit im Herzen tragen", rief der Mann, der durch die Luftbrücke den größten Beitrag für die Freiheit Berlins geleistet hat. Der Klang der Glocke werde allen Unterdrückten eine Ermutigung sein.

Um 12 Uhr löste General Clay das Glockengeläut aus, barhäuptig stehend lauschten Hunderttausende dem tiefen feierlichen Klang, der durch mehr als 2000 Rundfunksender über die ganze Welt übertragen wurde. Auf der Ehrentribüne, die auf der Freitreppe zum Schöneberger Rathaus aufgeschlagen war, nahmen Bundeskanzler Dr. Adenauer und die Bundesminister Dr. Lehr Kaiser und Storch, die Hohen Kommissare, die Berliner Stadtkommandanten, der Magistrat und die auf dem Petersberg akkreditierten Diplomaten an dem Festakt teil. Der Rathausturm der eigens umgebaut worden war, um die schwere Glocke aufzunehmen, war noch von dem Baugerüst umkleidet, an dem zum ersten Male in Deutschland die blaue Fahne der Vereinten Nationen mit der weißen Erdkugel wehte.

Nach der Begrüßung durch den amerikanischen Stadtkommandanten, Taylor, würdigte der amerikanische Hohe Kommissar, McCloy, die Bedeutung dieses Tages, der geeignet sei, die Herzen der freien Menschen zu erheben und denen Mut zu geben, die frei sein möchten. „Amerika hat das Gefühl, für Freiheit von Europa empfangen und will die Freiheit heute mit ganz Europa teilen". Die Glockenweihe in Berlin sei ein Dank an die Berliner und zugleich an die Luftbrückenflieger, die heute größtenteils in einem fernen Teil der Welt für die Freiheit kämpften.

Oberbürgermeister Reuter gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß die Freiheit nicht nur für uns, sondern für alle zu gewinnen sei. „Nicht nur die unterdrückten Deutschen im Osten, sondern auch die Menschen jenseits des Eisernen Vorhang in Prag, Budapest oder Sofia warteten auf den Klang der Freiheitsglocke. Und wir sind sicher, das große russische Volk würde mit uns sein, wenn es könnte."

Mit großem Jubel wurde General Clay begrüßt, als er die Glocke der Bevölkerung Berlins übergab. „Weil ihr den Willen, frei zu sein, gezeigt habt, geben wir die Glocke in eure Obhut!" Er sei auf einer geistigen Luftbrücke gekommen, erklärte Clay, und habe Millionen von Unterschriften mitgebracht von Menschen, die sich zum Kreuzzug der Freiheit bekennten und an der Stiftung der Glocke beteiligt haben. Feierliche Musik ertönte fünf Minuten lang, bis General Clay mit den Worten des Freiheitsbekenntnisses das erste Geläut der zehn Tonnen schweren Weltfriedensglocke in Gang setzte.

Monatlich zwei Atombomben

dpa. Stockholm, 24. Oktober

Ueber die sowjetische Atombombenproduktion schreibt der amerikanische Kommentator Alsop in der Zeitung „Stockholms Tidningen", die Sowjetunion werde Ende dieses Jahres 22 Atombomben besitzen. Die sowjetische Produktion werde auf monatlich zwei Bomben geschätzt. Eine Steigerung während des nächsten Jahres sei unwahrscheinlich.

Südkoreaner kurz vor dem Ziel

Voraussichtlich am Mittwoch an der mandschurischen Grenze

dmt. Tokio, 24. Oktober

Nachdem die Südkoreaner am Dienstag in Nordkorea bis zu einer Linie vorgedrungen sind, die sie nur noch einen Tagesmarsch von der mandschurischen Grenze trennt, wird mit dem Erreichen der Grenze für Mittwoch gerechnet. Die UNO-Truppen werden nicht bis zur Grenze folgen.

Die Leichen von 38 weiteren amerikanischen Kriegsgefangenen wurden in Nordwestkorea durch die vorrückenden Südkoreaner entdeckt. Die Gefangenen sind offensichtlich von den Nordkoreanern ermordet worden. Drei amerikanische Soldaten haben die Massenhinrichtung überlebt. In Huitschon fielen den Südkoreanern 23 unbeschädigte Panzer und fünfzig beladene Wagen eines Munitionszuges in die Hände.

In Südkorea setzen immer noch einzelne Gruppen von nordkoreanischen Freischärlern ihren Widerstand fort. Einige dieser Kampfgruppen sind noch im Besitz von Feldartillerie.

Amerikanische Transport-Flugzeuge haben eine Luftbrücke zwischen Nordkorea und dem an der Ostküste gelegenen Hafen Wonsan gebildet.

Demarkationslinie in Korea

dmt. Souel, 25. Oktober

Das Oberkommando der UNO-Streitkräfte hat eine Demarkationslinie festgelegt, die 60 Kilometer von der mandschurischen Grenze entfernt verläuft. Die Linie gilt nur für nichtkoreanische Streitkräfte. Die südkoreanischen Truppen sollen das Gebiet zwischen der Demarkationslinie und der Grenze besetzen.

Französischer Grenzposten in Laos geräumt

dpa. Saigon, 25. Oktober

Die französischen Streitkräfte in Indochina haben vor zwei Tagen den Grenzposten Muon Khuong geräumt. Der Ort liegt im Nordwesten von Laos und ist etwa 150 Kilometer von der thailändischen Grenze entfernt.

Was dem Volk verschwiegen wurde . . .

„Aumer, Herman Walther, Staatskommissar a. D., München-Bay. (Kr. 3 Ingolstadt) BP.

Geboren am 30. April 1915 in München. Besuch des Realgymnasiums, Tätigkeit in katholischen Jugendorganisationen. 1932—1934 Aufenthalt in der Schweiz, anschließend kaufmännische Tätigkeit in Halle/Saale, dann bei Gebr. Arnhold & S. Bleichröder, Berlin im Bankfach, später bei der Reichskreditgesellschaft, Berlin. Von 1940—45 in leitender Position bei der Diamalt AG., München. 1942 ehrenhalber Ernennung zum Kgl. Rumänischen Vizekonsul. 1945/46 im Kabinett Dr. Högner Staatskommissar für Wiedergutmachungsfragen, später Tätigkeit als Buchhändler in München. Mitglied des Landesvorstandes und des Landesausschusses der Bayernpartei, Vorstandsmitglied der deutschen Friedensgesellschaft.

(Aus „Die Volksvertretung, Handbuch des deutschen Bundestages").

Wie honorig das aussieht! Nichts aber steht darin von Aumers Tätigkeit für die Public Safety Branch der amerikanischen Besatzungsmacht in München, nichts über seine Dienste für die französische Sureté, nachdem selbst die Amerikaner ihn abservierten. Staatskommissar, dann Buchhändler in München, so wird seine Tätigkeit nach 1945 in dem Handbuch für den Staatsbürger beschrieben. Und zur Wahl kadidierte er in Ingolstadt, dort kennt man ihn nicht so wie in München. So wird das gemacht. Nun ist er MdB, und als die bayerische Staatsanwaltschaft, bei der ein Verfahren wegen Meineid schwebt, die Aufhebung seiner Immunität verlangte, stellte sich der Bundestag einstimmig hinter ihn!

Wie ist es möglich, daß so ein Mann Bundestagsabgeordneter werden konnte, fragt sich kopfschüttelnd das Volk. Diensttuer während des immer noch bestehenden Kriegszustandes bei zwei Dienststellen von Besatzungsmächten, die nicht etwa unpolitische Aufgaben wie die Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft usw., sondern rein politische, sich zum Teil gegen die deutsche Bevölkerung auswirkende Aufgaben zu erfüllen hatten — so etwa, als wenn ein Franzose für den SD arbeitete — und heute Volksvertreter, mit der Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes beauftragt!

Im Falle Aumer war so etwas möglich. Gibt es noch andere Fälle? Die offiziellen Lebensläufe sagen — wie wir sehen — nichts darüber aus. Aber dieser Fall sollte genügen, um den gung bedacht zu sein. Bevor man Gesetze gegen Bundestag zu veranlassen, auf seine Selbstreini-Landes-, Friedens- und sonstigen Verrat beschließt, sollte man prüfen, welche Elemente in den eigenen Reihen sitzen. C. C.

Nicht zu unsern Lasten

dl. — Für mehr als zwei Milliarden DM kommender unvorhergesehener Ausgaben fehlt dem Bundesfinanzminister die Deckung. Davon entfallen 442 Millionen DM auf die verbesserte Kriegsopferversorgung, 94 Millionen DM auf die Kriegsfolgehilfe, 115 Millionen DM auf Zuschüsse für die Sanierung der Sozialversicherung und schätzungsweise 1½ Milliarden DM auf zusätzliche Aufwendungen für Besatzungskosten. Das sind ungeheure Summen, die durchaus geeignet wären, den Bundesetat über den Haufen zu werfen, ohne den Kreditplafond des Finanzministers, der jetzt schon zwei Milliarden DM beträgt, noch weiter aufzustocken. Daß die Bank Deutscher Länder als Notenbank zu einer großzügigen Finanzhilfe nicht bereit ist — auch nicht in Form einer weiteren Kreditausweitung —, ergibt sich schon aus ihrem Verlangen nach einer rigorosen Diskonterhöhung. Damit soll der Wunsch des Bundesfinanzministers, die BDL in den Finanzierungsprozeß „auf Umwegen" einzuschalten, von vornherein durchkreuzt werden. Gleichzeitig will die BDL dadurch aber auch die Unantastbarkeit der Währung unterstreichen und um sie sozusagen einen unsichtbaren Graben ziehen, den auch der Bundesfinanzminister in seiner Not nicht so leicht überspringen kann.

Nun ist die Finanzsorge des Ministers Schäffer keineswegs nur ein pekuniäres, sondern wohl in gleichem Maße ein hochpolitisches Problem. Dies hat der Oppositionschef, Dr. Schumacher, vor der Bundespressekonferenz am Dienstag mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Er meinte, die Bundesregierung solle sich nicht so sehr den Kopf darüber zerbrechen, wie sie die kommenden alliierten Verstärkungen finanzieren solle, sondern lieber überlegen, wie sie mit den Alliierten in ein Gespräch über ein „Neu-Arrangement" der Besatzungskosten kommen könne. Dieses Thema ist selbstverständlich nicht von der Bundesregierung zu lösen, sondern ausschließlich von den Regierungen der Westmächte, die auf ausdrücklichen Wunsch soeben erst eine Verstärkung der Besatzungstruppen in Westdeutschland beschlossen haben. Rein politisch ist auch die Frage, in welchem Umfang Westdeutschland zu den neu entstehenden Militärkosten herangezogen werden soll.

Es wurde schon einmal von alliierter Seite angedeutet, daß die Verstärkung der Besatzungstruppen auch im Gesamtinteresse des Westens erfolge und keineswegs nur zur Stärkung des deutschen Sicherheitsgefühls. Vielleicht ergeben sich für die Bundesregierung doch noch Möglichkeiten, dieses Gesamtinteresse des Westens auch bei den kommenden Finanzierung-Verhandlungen mit dem Petersberg stärker zu betonen. Jedenfalls: Noch ist das letzte Wort über die fehlenden zwei Milliarden nicht gesprochen, und wir können uns denken, daß auch die Westmächte daran interessiert sind, in Westdeutschland keinen Finanzwirrwarr aufkommen zu lassen, der wirklich in keinem Verhältnis zu dem dadurch entstehenden materiellen Schaden stehen würde.

Die Seite der Heimat

Halver, den 25. Oktober 1950

Aus dem Tonfilm „Halver 1950"

Herbst um die Herpine

Rund um Halver rüstet sich die Natur jetzt mählich zum Winterschlaf. Ein blauer Himmel und der Gruß der scheidenden Sonne machen uns in diesen Tagen den Abschied leicht.

Einsam und verloren ruht jetzt das geschwungene Becken unseres schönen Strandbades, das in den nun vergangenen Monaten erfüllt war vo Jubel und Trubel, von fröhlichem Lachen und übermütiger Neckerei. All die lustigen und farbenfrohen Zweiteiligen, uns zur Augenweide, mögen jetzt tief unten in den Schränken ruhen und geruhsam den Ruch des heilsam-würzigen Mottenpulvers in sich hineinatmen. Bis sie eine neue, wärmere Sonne wieder aus dem Schlafe weckt.

Still ist es um die Herpine. Leichte Nebel ziehen durch den Talgrund. So grün wie nie ist das Gras der Liegewiese, von keinem eilenden Füßchen oder verweilenden „Olala" einer der vielen sommerlichen Herpine-Nixen berührt und gestört.

Dies ist ein Herbsttag, wie ich keinen sah, so rief einmal Friedrich Hebbel aus, um dann fortzufahren: Die Luft ist still, als atme man kaum, und dennoch fallen raschelnd, fern und nah, die schönsten Früchte ab von jedem Baum.

Wir wissen es nicht, wo der Dichter in jenem Augenblicke weilte, sicherlich nicht hier, aber er sprach das aus, was wir in diesen Tagen rund um Halver nur ahnend empfinden. O stört sie nicht — so bat er weiter — die Feier der Natur! Dies ist die Lese, die sie selber hält, denn heute löst sich von den Zweigen nur, was vor dem milden Strahl der Sonne fällt.

Herbst ist gekommen, Frühling ist weit — gab es denn einmal selige Zeit? So fragte einst Theodor Storm.

Und wir hier, am Rande des Strandbades, über das in diesem Augenblick die grauen Schwaden des Herbstnebels treiben, das sich in sie einhüllt wie in ein weites, loses, fließendes Gewand, möchten dies alles als Symbol und Sinnbild fassen und möchten antworten: Ja, Freunde, es gab sie, die selige Zeit und, Freunde, laßt uns hoffen, daß sie wiederkehre, wenn die Zeit erfüllet ist. In der Herpine. In uns allen. Für uns alle. **(Weg—)**

Halver

Vorsicht bei Frostgefahr

Die Witterung der letzten Tage neigt dazu, Nachtfröste aufkommen zu lassen. Es ist daher Vorsicht und Beachtung des Frostschutzes geboten. Freiliegende Wasserleitungen sind nach Möglichkeit schon jetzt zu isolieren und winterfest zu machen, wenn man keine unliebsamen Ueberraschungen erleben will.

Die Londonfahrer wieder in Halver

Heute morgen kehrten die 18 Mittelschüler, die für 14 Tage eine Studienfahrt nach London unternommen hatten, wohlbehalten in ihre Heimat zurück. Gestern mittag gegen 1 Uhr begann die Rückfahrt über Dover, Ostende nach Köln, wo die muntere Gesellschaft heute morgen gegen 3.50 Uhr eintraf. Die Weiterfahrt erfolgte über Wuppertal—Radevormwald nach Halver. Wie uns der Leiter dieser Studienfahrt, Rektor Hartmann, erklärte, ist die Fahrt in allen Teilen gut verlaufen. Die Schüler haben in diesen Tagen viele neue Eindrücke in sich aufgenommen und auch sprachlich sehr viel gelernt.

Arbeitsjubiläum

Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Galvano-Gesellschaft Brückmann, Halver, konnte gestern Wilhelm Alberts, Lingen, zurückblicken. Betriebsführer und einige Belegschaftsangehörige besuchten den erst vor einigen Tagen aus dem Krankenhaus zurückgekehrten Jubilar und überbrachten neben den Glückwünschen auch Geschenke der Firma und der Belegschaft.

Kameradendiebstahl

Vor wenigen Tagen konnten wir den Diebstahl einer Fahrradlampe bei einer hiesigen Firma melden. Diesmal war es jedoch mehr, der Dieb nahm nämlich gleich das ganze Fahrrad eines Kameraden mit. Hoffentlich gelingt es bald, den Täter zu ermitteln.

Oberbrügge / Ehringhausen

Auszahlung der Renten

Die Auszahlung der Renten erfolgt beim Postamt Oberbrügge wie folgt: Die Kriegs- und Angestelltenrenten am Sonnabend, dem 28. Oktober. Die Invaliden- und Unfallrenten kommen am Mittwoch, dem 1. November zur Auszahlung. Zur Abholung wolle man die Morgenstunden von 8 bis 12 Uhr benutzen.

Unsere Alten

Wieder können wir zweien unserer Mitbürger zu ihrem Wiegenfest die herzlichsten Glückwünsche übermitteln. In Schmidtsiepen kann Franz Rövenstrunk bei bestem Wohlbefinden seinen 78. Geburtstag begehen. Einen Tag später am 28. Oktober kann die Witwe Emma Schuster, geb. Haase, auf 84 Lenze zurückblicken. Auch sie nimmt an dem Tagesgeschehen noch regen Anteil.

Wer braucht ein Reparaturdarlehen?

Landesmittel zur Instandsetzung von Wohngebäuden

Während des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre ist die laufende Instandhaltung der unbeschädigt gebliebenen Wohngebäude fast ganz unterblieben. Dieser Zustand änderte sich auch nach der Währungsreform nicht wesentlich, da die erheblich gestiegenen Baukosten und die geringe Rentabilität des Hausbesitzes, ferner der mit der Währungsreform verbundene Verlust angesammelter Reserven des Hauseigentümers selbst die Durchführung dringend notwendiger Gebäudereparaturen aus eigener Kraft im allgemeinen unmöglich machten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzervereine von Nordrhein-Westfalen hat sich deshalb seit längerem bemüht, daß auch für die Instandsetzung der nicht von Kriegsschäden betroffenen Wohngebäude Mittel bereitgestellt werden. Durch Erlaß vom 26. September 1950 — betr. Gewährung von Landesdarlehen zur Instandsetzung von Wohngebäuden (Reparaturdarlehen) — hat der Minister für Wiederaufbau dieser Situation Rechnung getragen. Wenn auch die angewiesenen Mittel von fünf Millionen DM in keiner Weise ausreichen, um in allen Fällen dem gefährdeten Hausbesitz gerecht zu werden, so ist dennoch dieser Erlaß als Anfang zu begrüßen, und es ist zu hoffen, daß baldigst weitere Millionen für diesen Zweck zur Ausschüttung gelangen. Vorerst werden die Darlehen nur für solche Arbeiten gegeben, die die Substanz von Wohngebäuden erhalten, und zwar vor allem derjenigen, die überwiegend Kleinwohnungen mit billigen Mieten enthalten. Nach 1925 bezugsfertig gewordene Häuser werden nur in ganz dringenden Ausnahmefällen berücksichtigt.

Als zu fördernde Instandsetzungsarbeiten im Sinne des Gesetzes gelten:

a) Ausbesserungen aller Art am Aeußeren und Inneren des Gebäudes, Putz- und Anstricherneuerungen;

b) Erneuerung der Dachrinne und Abflußrohre und Umdecken des Daches;

c) Erneuerung und Ausbesserung von Fenstern, Türen, Fußböden, Decken, Treppen und Treppengeländer;

d) Erneuerung und Ausbesserung der Beleuchtungs-, Heizungs-, Gas- und Wasseranlagen und dergleichen;

e) Beseitigung von Hausschwamm und ähnlichen außerordentlichen, einen größeren Kostenaufwand erfordernden Instandsetzungsarbeiten, die zur Erhaltung des Gebäudes notwendig sind.

Diese Arbeiten sollen möglichst bis zum 1. Januar 1951 begonnen und zum 30. März 1951 beendet sein. Sie dürfen jedoch nicht vor Erteilung des Bewilligungsbescheides begonnen werden.

Die Höhe des Darlehens darf 50 Prozent der nachgewiesenen Kosten nicht übersteigen. Falls der Hauseigentümer nicht in der Lage ist, selbst einen Betrag zu den restlichen Kosten zu leisten, so kann, sofern es die Rentabilität der Häuser erfordert, das Landesdarlehen bis zur vollen Höhe der veranschlagten Kosten gewährt werden. Im allgemeinen wird das Einfamilienhaus bis zu 1000 DM, das Zweifamilienhaus bis zu 1500 DM und Mehrfamilienhaus mit entsprechend höheren Beträgen, höchstens aber mit 3000 DM, gefördert werden. Die Darlehen, für die Sicherheit zu leisten ist, werden bis zu fünf Jahren gewährt. Sie sind mit 4½ Prozent zu verzinsen und innerhalb der Zeit, für die sie bewilligt sind, in gleichen Raten zu tilgen.

In den Schlußbestimmungen werden die Regierungspräsidenten verpflichtet, die Beachtung der Bestimmungen dieses Erlasses zu überwachen. Ueber die Informationen hinaus wird auch die tätige Mitwirkung der Haus- und Grundbesitzervereine erbeten, deren Einschaltung im Erlaß ausdrücklich vorgesehen ist.

Abschließend sei noch bemerkt, daß sich die Arbeitsgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzerverbände von Nordrhein-Westfalen nachdrücklichst darum bemüht hatte, daß die Verteilung der Gelder nicht durch die Gemeinden, sondern durch die Kreditinstitute erfolgt. Für diese Forderung bestand weitgehendstes Verständnis im Finanzministerium. Leider konnte sie bei dieser Aktion noch nicht durchgesetzt werden; es ist jedoch zugesichert worden, daß weitere Maßnahmen dieser Anregung gemäß durchgeführt werden sollen, allein deswegen, weil viele Antragsteller auf zusätzliche Darlehen der Sparkassen usw. angewiesen sind und dadurch die Aufbringung der Mittel vereinfacht wird.

218 000 DM Autobahngebühren im Kreise Altena

Eine Milchmädchenrechnung mit ernstem Hintergrund — Was wird aus dem weiteren Ausbau der Autobahnen?

Nun ist es also soweit. Die Benutzung der Autobahnen wird demnächst gebührenpflichtig sein. Das war eigentlich von Anfang an vorgesehen und kann daher nicht als Ueberraschung aufgefaßt werden. Die Ueberraschung ist lediglich die, daß die erhobenen Autobahn-Benutzungsgebühren nicht für den Unterhalt und Ausbau der Autobahnen verwandt werden sollen, sondern um das Aufkommen der Kriegsopfer-Versorgung zu sichern. Daß hier jedoch die Kraftfahrzeugbesitzer die Leidtragenden sein sollen, löst naturgemäß eine starke Erregung aus. Schließlich sollte man an oberster Stelle daran denken, daß heute fast jeder 15. Erwerbstätige irgendwie vom Kraftfahrzeug lebt. Durch neue Steuern wird das sowieso bereits mit Steuern belastete Kraftfahrzeugwesen erneut in eine schwierige Lage versetzt und mancher Kraftfahrzeughalter wird gezwungen werden, sein Fahrzeug infolge zu großer finanzieller Belastung einzustellen, von dem Schreck, der etwaige neue Käufer vom Kauf eines Kraffahrzeuges abhält ganz zu schweigen.

218 000 DM Autobahn-Gebühren aus dem Kreis Altena

ergeben sich, wenn alle Kraftfahrzeugbesitzer innerhalb unseres Zulassungbezirkes die Autobahn benutzen würden. Diese Summe würde sich zusammensetzen aus den Gebühren von je 20 DM welche die 2500 Motorradfahrer aufzubringen hätten, sowie den doppelten Betrag, nämlich 40 DM je Fahrzeug, welchen die Besitzer der 1500 Personenkraftwagen und 100 Zugmaschinen zu zahlen hätten. Für die 1000 Lastkraftfahrzeuge müßten je Fahrzeug 80 DM berappt werden, oder gar 120 DM wenn sie einen Anhänger mitnehmen. Ein Lastkraftzug mit zwei Anhängern muß sogar 200 DM für die Benutzung der Autobahn bezahlen. Bei den 550 registrierten Anhängern innerhalb unseres Zulassungsbezirks macht das immerhin eine ganz nette Summe aus. Rechnet man auch noch die „Gebühren" (man sage ja nicht etwa „Steuern") von 120 bzw. 200 DM für die Kraftomnibusse bis zu 15 bzw. mehr Sitzen hinzu, so würden sich alles in allem zusammengerechnet etwa 218 000 DM ergeben, welche die Kraftfahrzeugbesitzer innerhalb des Zulassungsbezirkes Kreis Altena an Autobahn-Benutzungsgebühren jährlich aufzubringen hätten.

Das ist eine ganz nette Summe. Daß diese Milchmädchenrechnung aber nicht aufgehen wird, weiß auch bereits der Finanzminister, denn nicht alle Kraftfahrer benutzen die Autobahnen, namentlich wenn sich das Autobahnnetz weitab vom Standort des Kraftfahrzeuges befindet. Die große Gefahr ist daher die, daß eines Tages durch ein erneutes Gesetz die Autobahn-Benutzungs-Gebühr allen Kraftfahrzeugbesitzern auferlegt wird, auch wenn sie die Autobahn garnicht benutzen. Der Staat würde sich auf diese Weise eine sehr gute Einnahmequelle erschlossen haben, indem aus der „Gebühr" eine „Steuer" würde.

2100 km Autobahnen

gibt es heute im westdeutschen Bundesgebiet, denen 24 200 km Bundesstraßen (ehem. Reichsstraßen) gegenüberstehen. Mit der Zunahme des Kraftverkehrs wurde die Frage nach der Wiederaufnahme der Bauarbeiten an den noch nicht fertiggestellten Autobahnstrecken angeregt. Auftrieb gewannen diese Anregungen durch den sogenannten „UNO-Plan", der sich in seinem Entwurf eines europäischen Fernstraßennetzes von 42 000 km Länge in starkem Ausmaße auf die deutschen Autobahnen stützte. Im Rahmen des Anschlusses an dieses europäische Fernstraßennetz müßten allein im Bundesgebiet jährlich 15 Jahre lang etwa 160 Millionen DM aufgewandt werden. So müßte beispielsweise die Strecke Karlsruhe—Frankfurt—Kassel—Göttingen in nördlicher Richtung nach Hannover—Hamburg und in südlicher Richtung nach Freiburg—Basel erweitert werden. Für andere im Bau gewesene Autobahnstrecken gilt das Gleiche. Erhöhte Gebühreneinnahmen wären die Folge. Da jedoch vorläufig keine Mittel für den Weiterbau zur Verfügung stehen und die Autobahn-Benutzungs-Gebühren völlig zweckentfremdet verwandt werden sollen, wird es wohl vorläufig alles so bleiben wie es ist. Bis auf die „Gebühren" für die Benutzung der Autobahn natürlich . . .

Über hundert Aussteller in Lüdenscheid

. . . erwartet man zur Sauerländischen Herbst- und Neuheitenmesse

Morgen, Donnerstag, beginnt in der alten und in der neuen Schützenhalle die „Sauerländische Herbst- und Neuheitenmesse 1950". Es wird mit über hundert Ausstellern gerechnet, die nicht nur aus Lüdenscheid und dem Kreisgebiet, sondern auch aus allen anderen Gegenden des Bundesgebietes — Köln, Düsseldorf, Frankfurt, München, Berlin, Hamburg — kommen. So soll die Messe einerseits den Besuchern die einheimischen Erzeugnisse nahebringen, zum anderen den hiesigen Firmen Verbindung mit auswärtigen Ausstellern vermitteln.

Haushaltsgegenstände, eine Kleinstwaschmaschine unzerreißbare Schürzen, Aufschnittmaschinen, Parfüms, Nylonstrümpfe (auch für die Herren!), Friseurbedarf, Schreibgerät, Autozubehör, Maschinen, Spielzeug, Schuhe, Fußboden-, Schuh- und Möbelpflegemittel, Farben, Lacke, Stempelwaren, Geldautomaten, Schmuck aus Idar-Oberstein und vieles andere wird es zu sehen (und zu kaufen) geben. Sonderschauen sind einer Dampfkochvorführung, einer „Milchtankstelle" der Lüdenscheider Molkerei, Photoapparaten und Rundfunkgeräten von Philips, Schaub, Blaupunkt und Grätz, sowie der Westfälischen Landessparkasse vorbehalten. Den Verkaufsständen gesellen sich Schaustände hinzu, so die von Luhns (Waschmittel) und Ochsi (Brühpaste und Suppenwürze). In den Hallen soll, wie uns der Veranstalter sagte, nicht genügend Platz sein. So wird noch ein Freigelände auf dem Schützenplatz hinzugenommen werden müssen. Dort sollen vor allem Landwirtschafts- und Baumaschinen Aufstellung finden.

Für die Damen wird eine im Rahmen der Messe veranstaltete Modenschau interessant sein, auf der internationale Modelle am Samstag, dem 28. Oktober, um 15 und 19 Uhr, und am Sonntag, dem 29. Oktober, um 16 und 20 Uhr, im Gesellschaftshaus „Concordia" gezeigt werden. Mit fünf Mannequins des Modenschauunternehmens Daubach, Köln, werden Lüdenscheider Modegeschäfte ihre Leistungsfähigkeit erweisen. Wiener und Pariser Modelle, preiswerte und ausgesuchte Modeschöpfungen, werden die Firmen Piepenstock (Damen-Oberkleidung) und Becker (Pelze) zeigen.

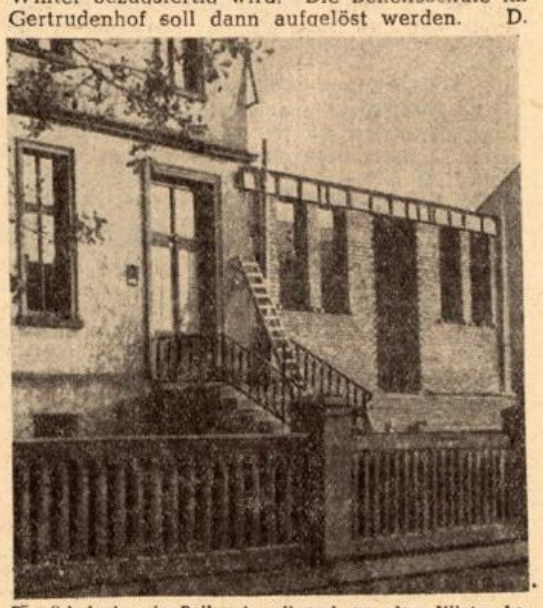
Am Sonntagabend schließt sich zum Ausklang der Messe in der „Concordia" ein Ball an. Die Bundesbahn gewährt den Messebesuchern eine Fahrpreisermäßigung von 50 Prozent. —dk—

Schulanbau in Bollwerk

Vor einiger Zeit konnten wir berichten, daß der Schulraumnot in Bollwerk ein Ende bereitet werden soll. Da der Bollwerker Schulbezirk bis nach Vollme reicht und auch die Bauerschaften dazu gehören, tauchte der Wunsch auf, in der Grüne als dem Mittelpunkt eine neue Schule zu bauen. Leider mußte man diesen Plan aus finanziellen Gründen fallen lassen. So kam es denn zu einem Erweiterungsbau an der bereits bestehenden Schule in Bollwerk.

Seit einiger Zeit sind die Bauarbeiten in vollem Gange. Es entsteht hier eine Klasse die nach den modernsten Gesichtspunkten gebaut und eingerichtet wird. Der Anbau ist in den Ausmaßen von 10 mal 10 Meter gehalten und unterkellert. Die großen Fenster garantieren einen lichtdurchfluteten Raum, der die Möglichkeit bietet, nun alle 98 Kinder des Schulbezirks in einem Gebäude zu unterrichten. Der Anbau ist zunächst einstöckig gehalten und wird mit einem Satteldach versehen. Später will man noch ein Stockwerk aufsetzen, um eine Lehrerwohnung zu errichten. Da die ganze Innenausstattung bereits eingetroffen ist, konnten wir uns von ihrer Zweckmäßigkeit überzeugen. Die kleinen Drehstühle werden natürlich die besondere Freude der Kinder erwecken. Der Raum wird in hellen und freundlichen Farben gestrichen.

Hoffen wir, daß der Umbau noch vor dem Winter bezugsfertig wird. Die Behelfsschule im Gertrudenhof soll dann aufgelöst werden. D.



Der Schulanbau in Bollwerk soll noch vor dem Winter bezugsfertig werden. (Foto: Privat)

Persil – gepflegte Wäsche: noch weißer – noch haltbarer!

P 144 g /50

Zum Saubermachen Henkelbacken!

Einmarsch nach Tibet befohlen

dmt. Peking, 25. Oktober

Nach einer Meldung der Nachrichten-Agentur „Neues China" sollen die Truppen der chinesischen Volksrepublik den Befehl erhalten haben, die drei Millionen Tibetaner „von der imperialistischen Unterdrückung zu befreien und die Verteidigung der chinesischen Westgrenze sicherzustellen". Mit dem Einmarsch in Tibet soll die „Vereinigung Gesamtchinas" vollendet werden. Nach dieser Aktion soll Tibet nach Maßgabe der chinesischen Volksrepublik wirtschaftlich und kulturell entwickelt werden.

USA wollen Heeresgut zurückkaufen

dmt. Frankfurt, 24. Oktober

Zurzeit finden Verhandlungen zwischen amerikanischen Stellen und der Bundesregierung über den Rückkauf von Armeebeständen durch die USA statt, die nach Kriegsende der staatlichen Erfassungsgesellschaft (Steg) überlassen worden waren. Die Amerikaner bevorzugen den schnellen Rückkauf, weil die Neuherstellung, besonders von Lastkraftwagen, zu kostspielig und langwierig sei.

Sozialdemokratisches Veto gegen Wiederbewaffnung

„Die Entscheidung über den Karabiner fällt das Volk"

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 24. Oktober

„Die Sozialdemokratie ist erst dann bereit, sich aktiv für eine deutsche Remilitarisierung einzusetzen, wenn das alliierte Schicksal unlöslich mit dem deutschen Schicksal verkoppelt wird", erklärte der 1. Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, am Dienstag vor der Presse. Da dies bis heute nicht erfolgt sei und wahrscheinlich auch nicht erfolgen werde, müsse die Sozialdemokratie bei ihrem Nein verharren. Dieses Nein ist keineswegs nur rhetorisch, wie man vielfach in Regierungskreisen glaube, sondern habe reale Bedeutung, denn jede Form einer deutschen Remilitarisierung, selbst wenn es sich um einige Kontingente für eine europäische Armee handele, bedingte eine Verfassungsänderung, die ohne sozialdemokratische Mitwirkung nicht herbeigeführt werden könne. Die Entscheidung über jeden Karabiner in Westdeutschland fälle einzig und allein das deutsche Volk selbst, nicht ein Außenministerrat und noch weniger die Bundesregierung. Aber auch der Bundestag in seiner jetzigen Zusammensetzung sei nicht geeignet, in einer so eminent wichtigen Frage zu entscheiden, denn er sei unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden. Dr. Schumacher bezeichnete deshalb die Wahlen als erforderlich, lehnte aber eine direkte Volksbefragung in der Sicherheitsfrage ab, da es unmöglich sei, dem Volk in diesem Zusammenhang eine klare Frage zur Entscheidung vorzulegen.

Dr. Schumacher ging dann auf die zugesagten alliierten Truppenverstärkungen ein. Jede neu eintreffende Division sei natürlich dankbar zu begrüßen, aber auf diese Weise schaffe man keinen Damm gegen den Kommunismus. „Der Grundfehler, der bei der heutigen Sicherheitspolitik gemacht wird, liegt darin, daß man Deutschland immer noch zu sehr als Material behandelt." Wenn man eine wirklich umfassende Verteidigung vorbereiten wolle, müsse man das deutsche Volk mit den gleichen Rechten und Pflichten ausstatten, die auch die übrigen Völker des Westens besäßen. Ein Mittelding könne es nicht geben.

Die Bildung eines Sicherheitsamtes in der Bundesregierung bezeichnete Dr. Schumacher als Vorwegnahme einer noch ausstehenden Entscheidung des Bundestages. Die SPD werde gegen den Ausbau dieses Amtes schärfsten Widerstand erheben, ebenso gegen die Methoden, die beim Aufbau der Bereitschaftspolizei durch die Bundesregierung angewandt würden. „Wir verlangen schon jetzt die Bildung eines parlamentarischen Beirates, um von vornherein bei der Organisation der Polizei ein Wort mitreden zu können." Der Bundestag in seiner Gesamtheit könne nicht ohne eine Kontrolle über die Polizei auskommen. „Ich befürchte, daß sich aus dem zunächst noch sehr provisorischen Sicherheitsamt nach und nach ein Sicherheitsministerium entwickelt, auf dessen Tendenzen die Opposition keinerlei Einfluß hat." Gerade weil diese Verteidigung gegen den Bolschewismus eine Angelegenheit des gesamten Volkes sei, werde man ohne oder gegen die Opposition diesmal nicht weiterkommen.

SPD-Kritik am Schumanplan

dl. Bonn, 24. Oktober

„Ich glaube, daß das Bekenntnis zum Schumanplan wesentlich matter geworden ist, als noch vor einem Vierteljahr", sagte der 1. Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, zu Pressevertretern. Die SPD werde jedenfalls zum Schumanplan Nein sagen, wenn nicht doch noch eine erträgliche Lösung gefunden werde. Auf jeden Fall seien Schumanplan und Ruhrbehörde miteinander unvereinbar. Auch die Tendenzen, auf Kosten der deutschen Kohle eine Preisdiktatur aufzubauen müßte entschieden abgelehnt werden.

SPD gegen Steuererhöhung

dl. Bonn, 24. Oktober

Einen Beitritt der SPD zur Bonner Regierungskoalition bezeichnete der 1. Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, als nicht aktuell. Ueber eine „große Koalition" könne erst nach Neuwahlen gesprochen werden.

Die SPD werde sich gegen irgendwelche Steuerhöhungen oder die Einführung neuer Steuern aussprechen, die beabsichtigt seien, um die Mehrbelastung des Bundeshaushalts durch das vom Bundestag angenommene Bundesversorgungsgesetz auszugleichen.

Dr. Schumacher, der in der Bundespressekonferenz diese Erklärung abgab, bezeichnete es als viel notwendiger, daß sich die Bundesregierung für eine Neuregelung der Besatzungskosten einsetze, als neue Steuern auszuschreiben, die nur geeignet seien, das soziale Niveau des deutschen Volkes zu schwächen und damit dem Kommunismus Vorschub leisten. Es sei undenkbar, daß die Alliierten das deutsche Volk mit dem größten Teil der Mehraufwendungen für ihre vorgesehenen Truppenverstärkungen belasten wollten, nur weil diese Truppen zufällig auf deutschem Boden stationiert würden.

Die Bundesregierung solle sich gegen eine solche Zumutung energisch zur Wehr setzen. Wenn man die Mehraufwendungen für das Bundesversorgungsgesetz durch die neuen Steuern ausgleichen wolle, nehme man dem Volk mit der einen Hand das, was man ihm mit der anderen Hand gegeben habe.

Gegen autoritäre Bundeskanzler-Politik

Die Frage, ob die Mitglieder des Bundeskabinetts tatsächlich nur Staatssekretäre seien, deren Wort gegenüber dem des Bundeskanzlers keine Bedeutung habe, beantwortete Dr. Schumacher am Dienstag mit einem kategorischen Nein. Wenn der Bundeskanzler nach dem Grundgesetz auch die Richtlinien der Politik bestimme, so sei doch eine Aussprache im Kabinett über alle wichtigen Fragen absolut notwendig, bevor der Kanzler die Richtlinien festlege. Die Unterrichtung der Kabinettsmitglieder dürfe niemals zur reinen Formsache werden. Aus diesem Grunde habe Dr. Heinemann auch recht gehabt, als er die „autoritäre Handlungsweise" Dr. Adenauers kritisierte. Es sei hohe Zeit, daß endlich eine bindende Geschäftsordnung für die Bundesregierung erlassen würde.

Truman gibt Abrüstungsplan bekannt

Rede zum 5. Gründungstag der UNO – Stärke für den Frieden

dmt. New York, 24. Oktober

In einer Rede vor der UNO-Vollversammlung am 5. Gründungstag der Vereinten Nationen, der in Erklärungen und Reden von vielen Staatsmännern gefeiert wurde, gab Präsident Truman einen amerikanischen Abrüstungsplan bekannt. Der Plan setzt drei Punkte voraus: Der Plan muß alle Arten von Waffen umfassen, er muß auf einem einmütigen Uebereinkommen gegründet sein. — „Einseitige Abrüstung ist eine Aufforderung zur Aggression", er muß Sicherheitsvorkehrungen haben, die die Gewähr geben, daß sich alle Nationen daran halten.

Der Präsident erklärte: „Wir wollen, solange es notwendig ist, unsere Stärke für den Frieden ausbauen. Gleichzeitig müssen wir aber im Rahmen der Vereinten Nationen unsere Bemühungen für diese internationale Kontrolle der Atomenergie und die Herabsetzung der Rüstung und der Streitkräfte fortsetzen. Gemeinsame und wirksame Abrüstung würde die Kriegsgefahr in weite Ferne rücken."

„Eine der stärksten Kräfte in der unruhigen Welt", so sagte Truman, „ist das Verlangen der Männer und Frauen in der ganzen Welt nach internationaler Ordnung und Gerechtigkeit. Die Völker fast aller Mitgliedsstaaten unterstützen die Entscheidungen des Sicherheitsrates, dem Angriff mit Waffengewalt zu begegnen. Mit dieser gemeinsamen Abwehr der Aggression haben die Mitgliedsstaaten nicht mehr getan, als die UNO-Charta verlangt. Sie haben damit einen dramatischen Beweis geliefert, daß die UNO-Charta wirksam ist.

Der Wiederaufbau Koreas als einer freien, geeinten und sich selbst erhaltenden Nation sei eine Gelegenheit, zu zeigen, wie eine internationale Zusammenarbeit die Freiheit und Wohlfahrt der Menschen stärken und verbessern könne."

USA übernehmen atlantisches Oberkommando

Washington erwartet Kompromißlösung für deutsche Einheiten

dmt. Washington, 25. Oktober

Der atlantische Militärausschuß, der in Washington tagte, befaßte sich mit der Aufstellung einer Europa-Armee. Zwar werden über die streng geheimen Beratungen Meldungen nicht ausgegeben, aber informierte Kreise wollen wissen, daß die USA sich mit der Uebernahme des Oberkommandos für eine zusammengefaßte Streitmacht der Atlantikstaaten bereit erklärt haben. Feldmarschall Montgomery soll stellvertretender Oberkommandierender werden. Auch rechnet man damit, daß der Stab der Westeuropa-Union mit dem Sitz in Fontainebleau aufgelöst und in die neue atlantische Verteidigungsorganisation eingeordnet wird.

Zur Frage der Beteiligung deutscher Einheiten an der Europa-Armee glaubt man in Washington, daß Frankreich sich zu einer Kompromißlösung bereit erklären wird.

Tag der UNO in Korea

dmt. Tokio, 24. Oktober

Am „Tage der UNO" fand am Dienstag auf dem Rathausplatz der koreanischen Hauptstadt Soeul eine Feier statt, auf der der südkoreanische Staatspräsident, Syngman Rhee, vor 40 000 Zuhörern eine Ansprache hielt. Die Umgebung des Platzes, besonders die Hausdächer, wurden von Soldaten bewacht, die Maschinenpistolen trugen. Der Staatspräsident gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der UNO möglich sein wird. Niemals werde man vergessen, was die UNO für Korea getan hat. Der amerikanische Botschafter, Muccio, sagte, die UNO habe als die erste erfolgreiche internationale Organisation der Geschichte der Völker in Korea zum erstenmal eine Hauptstadt befreit. Der türkische Vorsitzende der UNO-Korea-Kommission, Dr. Kamil, erklärte, die Zukunft Koreas hänge weniger von der UNO als vom koreanischen Volke selbst ab. Regierung und Volk sollten die neue Korea-Kommision bei ihrer Arbeit unterstützen.

Wyschinski „ein netter Kerl"

dmt. New York, 24. Oktober

Nach seiner Ansprache vor der UNO-Vollversammlung sprach Präsident Truman kurz mit dem sowjetischen Außenminister Wyschinski. Er meinte nach der freundlichen Plauderei, Wyschinski sei doch „ein netter Kerl". Auf die scherzende Frage Trumans, warum denn Wyschinski in der Sitzung der Vollversammlung nichts über die „Kriegshetzer" geäußert habe, meinte Wyschinski, darauf werde er noch zu sprechen kommen. Die USA-Presse treibe zum Krieg. Darauf Truman: „Die Presse in Amerika kann sagen, was sie will!"

ADAC protestiert

dpa. München, 24. Oktober

Die Hauptverwaltung des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs (ADAC) hat im Namen von 60 000 Mitgliedern bei der Bundesregierung telegrafisch gegen die vorgesehene neue steuerliche Belastung des Kraftverkehrs protestiert. Der Club gibt zu bedenken, daß durch die vorgesehene Kraftstoffsteuer die Lebenshaltungskosten noch mehr ansteigen werden.

Die Lage in England

Daß der deutsche Name in England wieder einen besseren Klang bekommen hat, wie deutsche Beobachter der augenblicklichen Mentalität berichten, soll zur Ursache haben, daß der Durchschnittsengländer mehr von Deutschland und dem deutschen Menschen weiß als je zuvor. Das dürfte besonders auf die langjährige Anwesenheit vieler Briten als Soldaten und CCG-Angehörige in Deutschland zurückzuführen sein.

In Berichten schwingt die Anerkennung darüber mit, daß die Menschen in England sich zu einer sehr einfachen Lebensweise bekennen und alle Beschränkungen ihres Lebensstandards willig auf sich nehmen, um damit einen qualitativ guten Export zu haben. Es gehe heute für Großbritannien um die Devisen, und das sehe jeder Engländer ohne weiteres ein. Die britische Geschäftswelt sei mehr als früher an Verbindungen mit Deutschland interessiert. Bevin sei heute der Mann, dem die Bevölkerung großes Vertrauen entgegenbringe, während Churchills Verdienste zwar nicht vergessen seien, aber man von ihm außer rhetorischen und literarischen Arbeiten nichts mehr erwarte.

Adenauer dankt Berlin

dpa. Berlin, 24. Oktober

Bundeskanzler Dr. Adenauer betonte auf einem Empfang, den er für die zur Einweihung der Freiheitsglocke in Berlin anwesenden hohen ausländischen Gäste und Spitzen des Berliner Parlamentarischen Lebens gab, daß dieser Tag jedem Teilnehmer unvergeßlich bleiben werde. Im Namen der Bundesrepublik dankte Dr. Adenauer dann General Clay und der amerikanischen und britischen Luftwaffe, Frau Bürgermeister Louise Schröder, Oberbürgermeister Ernst Reuter, Bürgermeister Ferdinand Friedensburg, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr und allen Berlinern.

Segeljacht für Amerika

Bremen. Von der Boots- und Jachtwerft Abeking und Rasmussen wurde eine Segeljacht für amerikanische Rechnung abgeliefert. Die Bootswerft in Lemwerder an der Unterweser begründete ihren guten Ruf im In- und Ausland durch den Bau zahlreicher erfolgreicher Sportboote, die sich besonders bei den Olympischen Spielen und zahlreichen Regatten auszeichneten. Das zwölf Meter lange schmucke Boot wurde in Bremen auf den norwegischen Frachter „Blach Törn" verladen.

Wetterbericht

Herbstlich ruhig und trocken

Der Schwerpunkt eines ausgedehnten Hochdruckgebietes über dem Ostteil des Kontinents verlagert sich nach dem Norden. Der Zustrom von Festlandluft nach Westdeutschland hält an. Vorhersage: Ueberwiegend heiter und trocken, Tagestemperaturen 5 bis 10 Grad, nachts verbreitet Bodenfrost.

Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver, Kirchstraße 5 Fernruf: Halver 442 - Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther - Lokale Schriftleitung: Werner Bell - Anzeigenleitung Ernst Höngen, Halver - Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Abbestellungen nur bis zum 20. eines Monats schriftlich beim Verlag.

Deutsche u. Orient-Teppiche
Teppichhaus Tiburtius Hagen, Elberfelder Str. 53 Ruf: 4084
Neuzeitliche Innendekoration Gardinen

Gebr. Küchenherd und 4 Stühle zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers.

Zwecks Ankauf eines
Spitzenbullen
wollen sich Interessenten **am Freitag, den 27. Oktober** abends 7 Uhr im
Gasthof zur Post in Halver
einfinden

Meister
für Formenbau von mittlerem, angesehenen Preßstoffwerk gesucht
Verlangt: solides Können in Kalkulation, Konstruktion und Ausführung.
Geboten: selbständiges Arbeiten, gute Bezahlung.
Bewerbungen unter A 16070 bei Ann.-Exp. CARL GABLER, Frankfurt a. M., Börsenstr. 2/4

Zuverlässiger strebsamer
junger Mann
sucht Arbeit, wo Unterkunft vorhanden. Nachricht unter Nr. 348 an Allg. Anzeiger.

Der neue
Taschenfahrplan
für das Winterhalbjahr ist wieder vorrätig.
Preis **50** Pfg.
Buchhandlung
Wilhelm Bell jr.
Halver

Wir sagen zum **Spartag 1950:**
Sammelt alle Mittel
bei Eurer
Spar- und Darlehnskasse
dann seid Ihr unabhängig und stark,
dann werdet Ihr kreditfähig,
dann sorgt Ihr für
Familie, Haus und Betrieb
Spar- u. Darlehnskasse e. G. m. u. H.
Halver i. W.

Wohnungstausch. Biete in Wolfenbüttel, Bez. Braunschweig 2 gr. Zimmer u. Küche Hauptmieterrecht. Sehr niedrige Miete. Suche in Halver 2–2½-Zimmer u. Küche. Angebote u. Nr. 347 an Allgem. Anzeiger.

Menschen von heute
LIEBEN DIE FREIE MEINUNG
Sie schätzen die politisch unabhängige Zeitung, um sich selbst ein eigenes Urteil über Zeitprobleme bilden zu können.
Der Allgemeiner Anzeiger ist überparteilich. Er ist unabhängig in seinem Urteil, beleuchtet objektiv das Für und Wider und findet schon aus diesem Grunde immer mehr Freunde
Allgemeiner Anzeiger
Nachrichten für das märkische Sauerland
Die Zeitung für den unabhängig urteilenden Leser